

Kyoto und das Bali-Mandat: Was die Welt tun muss, um den Klimawandel zu bremsen

Greenpeace-Forderungen zum UN-Klimagipfel auf Bali 2007

Der Klimawandel bedroht unseren Planeten. In seinem diesjährigen dreiteiligen Bericht stellt der Weltklimarat (IPCC) fest, dass die Auswirkungen des Klimawandels bereits eingetreten sind. Das spüren vor allem die ärmsten Ländern der Welt. Auf der UN-Klimakonferenz im Dezember 2007 auf Bali müssen deshalb die Weichen dafür gestellt werden, den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur so weit wie möglich zu begrenzen.

In den IPCC-Berichten heißt es auch, dass unsere Anstrengungen „in den nächsten zwei bis drei Jahrzehnten (...) eine starke Auswirkung auf die Möglichkeiten zur Erreichung niedrigerer Stabilisierungsziele haben“ werden. Mit anderen Worten: Wir müssen jetzt handeln. **Wenn wir den Temperaturanstieg unter 2°C halten wollen, sollten die weltweiten Treibhausgas-Emissionen im Jahre 2015 ihren durchschnittlichen Höchststand erreicht haben. Bis zum Jahr 2050 müssen sie um mindestens 50 Prozent gesenkt werden** (Referenzjahr 1990).

Das bedeutet, dass die Industrieländer ihren Ausstoß bis zum Jahr 2020 um mindestens 30 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent senken müssen.

Aus technischer, wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Sicht ist es noch immer möglich, den globalen Temperaturanstieg deutlich unter 2° C zu halten. Allerdings dauert es nur noch ein oder zwei Jahrzehnte, bis wir uns dieser Möglichkeit mit den bekannten Technologien (erneuerbare Energien, Energieeffizienz) berauben.

Es hätte schwerwiegende Folgen, wenn wir den Prozess der Emissionssenkung verzögerten. In diesem Fall würden wir in den 2020er Jahren einen ernsthaften globalen Notstand erleben,

der die Senkung des Treibhausausstoßes in einem unvorstellbaren und vermutlich auch nicht umsetzbaren Ausmaß erforderlich machen würde. Solch ein drastischer Rückgang war in der Vergangenheit nur mit einem großen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu erreichen, etwa dem der Sowjetunion.

Die Industrieländer müssen zuerst handeln

Aus moralischer, rechtlicher und praktischer Sicht muss die Last der Emissionssenkung zunächst den Industrienationen zufallen. Auf Seiten der Industrieländer ist bis zum Jahr 2020 eine Emissionsminderung von mindestens 30 Prozent gegenüber der Marke von 1990 (dem Referenzjahr für das Kyoto-Protokoll) erforderlich, wobei bis zur Jahrhundertmitte eine mindestens 80-prozentige Senkung angestrebt werden muss. Es sollte jedoch ein gerechtes Instrument gefunden werden, mit dem die sich rasch industrialisierenden Länder in der nahen Zukunft in die Anstrengungen zur Emissionsminderung eingebunden werden können.

Obwohl der Klimawandel global ins Zentrum des Interesses gerückt ist und zwischen den ASEAN-, APEC- und G8-Staaten diskutiert wird, werden diese Diskussionen nicht verbindlich geführt und haben bisher keine hinreichende Dynamik für die UN-Klimaverhandlungen auf Bali entwickelt. Was in den kommenden Verhandlungen vereinbart werden muss, ist ein **Bali-Mandat**, das die Ziele, den Inhalt, den Ablauf und den Zeitplan für die bis zum Jahr 2009 abzuschließenden Klimaverhandlungen festschreibt.

Das Bali-Mandat

Ein starkes Mandat in Bali ist der entscheidende Schritt für grundlegende Vereinbarungen, die dazu führen, dass die Treibhausgas-Emissionen nur noch bis zum Jahr 2015 ansteigen werden.

Wenn wir einen gefährlichen Klimawandel verhindern wollen, muss das Bali-Mandat ehrgeizige Ziele setzen. Es muss die Parameter für Verhandlungen in den Jahren 2008 und 2009 festlegen, die die Länder der Erde auf den Weg bringen, den Temperaturanstieg so weit wie möglich unterhalb der 2°C-Marke zu halten.

Spätestens bis Ende des Jahres 2009 muss die Weltgemeinschaft das Kyoto-Anschlussprotokoll verabschiedet haben. Für den Zeitraum 2008 bis 2009 muss über folgendes verhandelt werden:

1. künftige Reduktionsziele für Industrieländer
2. Erweiterung der Gruppe der Industrieländer
3. Neue Mechanismen für sektorale oder anderweitig quantifizierbare Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasen für sich rasch entwickelnde Länder
4. Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Einführung sauberer, erneuerbarer Technologien
5. Mechanismus zur Beendigung der weltweiten Entwaldung
6. Verbesserung der Anpassung mit einer verlässlichen Finanzierung

1. Künftige Reduktionsziele für Industrieländer

Die Industrieländer müssen sich als Gruppe verpflichten, die Emissionen um mindestens 30 Prozent zu senken (Referenzjahr 1990) und die Dekarbonisierung bis zum Jahr 2050 praktisch abzuschließen (Reduktion von über 85 Prozent).

Neuste Studien¹ zeigen, dass das Klima noch extremer auf die prognostizierte Zunahme der Treibhausgase reagieren könnte, als bisher angenommen. Wir müssen noch schneller

handeln und noch umfassendere Maßnahmen ergreifen, wenn wir den Schaden, der bei einem Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur von 2°C zu erwarten ist, verhindern wollen. Das bedeutet, dass wir es uns jetzt zum Ziel setzen müssen, die Treibhausgase in der Atmosphäre zunächst auf einem Niveau unterhalb von 400ppm zu stabilisieren und dieses Niveau so schnell wie möglich abzusenken. Die Industrieländer sollten dabei mit gutem Beispiel vorangehen und den Treibhausgasausstoß beträchtlich senken. Gleichzeitig muss ein Weg gefunden werden, wie die Länder, die sich momentan rasch industrialisieren, in naher Zukunft in die Bemühungen um eine Minderung des Ausstoßes eingebunden werden können.

2. Erweiterung der Gruppe der Industrieländer

Nach Auffassung von Greenpeace müssen mehr Länder in den Kyoto-Emissionshandel einbezogen werden. Dies bedeutet, dass mehr neu industrialisierte Länder mit hohem Pro-Kopf-Einkommen wie Südkorea, Singapur und Saudi-Arabien dem Kyoto-System beitreten und sich für den nächsten im Jahr 2013 beginnenden Verpflichtungszeitraum verbindliche Emissionsgrenzen setzen sollten.

Um die Welt auf den Weg zu bringen, bis zum Jahr 2050 die Emissionen um 50 Prozent zu senken, müssen sich mehr Länder als derzeit verbindlich zur Senkung des Treibhausgasausstoßes verpflichten. Die aktuelle Liste der Länder, die Verpflichtungen eingegangen sind, sollte nicht als in Stein gemeißelt betrachtet werden. Es gibt eine Reihe von Ländern, die mindestens so wohlhabend sind wie diejenigen, die bereits auf der Liste stehen. Auch diese sollten sich nach dem Jahr 2012 verbindliche Reduktions-Ziele setzen.

3. Neue Mechanismen für sektorale oder anderweitig quantifizierbare Maßnahmen zur Senkung von Treibhausgasen für sich rasch entwickelnde Länder

Neue Marktmechanismen sollen für Schwellenländer wie China, Brasilien, Indien und Südafrika Anreize schaffen, am Kyoto-Emissionshandelssystem teilzunehmen (indem sie sich zu sektoralen oder anderweitig quantifizierten Maßnahmen zur Begrenzung und/oder

¹ IPCC 4. UN-Sachstandsbericht zum Klima, 2007

Senkung des Treibhausgasausstoßes verpflichten, beispielsweise auf dem Stromsektor).

Diese Mechanismen müssen auf die unterschiedlichen Verhältnisse in diesen Ländern mit mittlerem Einkommen zugeschnitten sein, aber allesamt zusätzliche Maßnahmen vorsehen; Maßnahmen, die ohnehin durchgeführt worden wären, dürfen nicht mit Zertifikaten belohnt werden. Diese Länder sollten sich aktiv in die Entwicklung solcher Mechanismen einbringen und in ihre Umsetzung eingebunden werden.

4. Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Einführung sauberer, erneuerbarer Technologien

Der zweite Kyoto-Verpflichtungszeitraum muss so gestaltet sein, dass es Entwicklungsländern möglich ist, mittels nationaler Verpflichtungen zur Emissionsmengenbeschränkung dem internationalen Emissionshandel beizutreten. Dadurch könnten Entwicklungsländer freiwillig nationale Ziele zur Emissionsminderung aushandeln. So wären sie qualifiziert, dem internationalen Emissionsrecht handel beizutreten.

Ein umfassender Mechanismus für die Anwendung sauberer Technologien sollte die Umstellung der Entwicklungsländer auf saubere und effiziente erneuerbare Techniken zum Ziel haben.

Entwicklungsländer brauchen Hilfe, um bei der Industrialisierung den Pfad eines geringen CO₂-Ausstoßes zu beschreiten. Entscheidend sind das Vorhandensein von Ressourcen und Technologien aus den industrialisierten Ländern sowie die Bereitschaft und Fähigkeit der Entwicklungsländer zum Handeln. Um die Entwicklungsländer als Gruppe in die Lage zu versetzen, einen Beitrag zu den globalen Bemühungen zu leisten, sind neue und effektive Formen der Kooperation und der Anwendung sauberer Techniken sowie eine Finanzierung mit festen Zielen und Regularien erforderlich.

5. Mechanismus zur Beendigung der weltweiten Entwaldung

Über einen Mechanismus gegen weitere Waldrodung sollen die Entwaldung und die daraus resultierenden Emissionen mit angemessenen Geldmitteln drastisch reduziert und innerhalb eines Jahrzehnts beendet werden. Die Senkung der Emissionen aus dem Schutz der Wälder muss über die Minderung des in-

dustriellen Treibhausgasausstoßes hinaus geschehen.

Die tropischen Regenwälder enthalten bis zu 40 Prozent des terrestrischen Kohlenstoffs und spielen eine wichtige Rolle für die Abfederung der zunehmenden Klimaschwankungen. Der Kampf gegen die Entwaldung muss eine zentrale Komponente der nächsten Phase des Kyoto-Protokolls sein. Die Finanzierung für diesen Mechanismus muss an die Verpflichtungen von Industrieländern zur Emissions-senkung geknüpft werden. Die daraus resultierende Reduzierung muss zusätzlich zu den angestrebten Emissionssenkungen aus fossilen Kraftstoffen in den Industrieländern geschehen. Die Welt braucht eine Senkung der Emissionen sowohl aus fossilen Kraftstoffen als auch aus der Entwaldung, um deutlich unter einem Anstieg der globalen Temperatur von 2°C zu bleiben. Die Rechenschaft für die Emissionsminderung aus der Entwaldung darf nicht bei Projekten, sondern muss auf nationalem Niveau angesiedelt sein. Ein Projekt, das im einen Teil eines Landes die Entwaldung verlangsamt, könnte sonst in anderen Landesteilen zu mehr Abholzung führen, wohingegen ein nationaler Ansatz die Rechenschaft über *alle* Emissionen aus *allen* Projekten des jeweiligen Landes vorsieht.

Maßnahmen, die im Bereich des Mechanismus für die Verlangsamung der Abholzung finanziert werden, müssen auch die biologische Vielfalt schützen und einen Nutzen für die ansässigen indigenen Völker haben. Der Mechanismus darf nicht zu einer internationalen Subvention für die Holz- und Agrarindustrie werden. Zertifikate aus dem Mechanismus für die Verlangsamung der Abholzung sollten nicht offen auf dem internationalen CO₂-Markt für industrielle Emissionen gehandelt werden können. Märkte wie der Clean Development Mechanism (CDM) sehen für die Teilnehmerstaaten strenge Regeln, eine Überwachung und das Erbringen von Nachweisen vor, die einige der wichtigsten Entwicklungsländer mit tropischen Regenwäldern nicht erfüllen könnten. Würde eine große Zahl billiger Zertifikate aus dem Entwaldungsprogramm in den Handel einbezogen, so würde dies den Markt möglicherweise „überfluten“ und dazu führen, dass die Industrieländer die sofort notwendigen Änderungen auf dem Energiesektor hinauszögern (und stattdessen die billigen Entwaldungspunkte kaufen).

6. Verbesserung der Anpassung mit einer verlässlichen Finanzierung

Es sollte ein Anpassungsmechanismus mit einer verlässlichen Finanzierung geschaffen werden, der an die wirklichen Bedürfnisse gekoppelt ist und mit einer umfassenden internationalen Anstrengung einhergeht, die derzeit nicht bedarfsgerechten Anpassungsmaßnahmen auszubauen.

Von den Folgen des Klimawandels werden vor allem die Entwicklungsländer betroffen sein, die am wenigsten zur Problematik beigetragen haben. Entwicklungsländer verfügen über wenig Ressourcen, um sich an die Auswirkungen des Klimawandels anzupassen. Häufig sind in ihrer Kultur das Überleben und die wirtschaftliche Tätigkeit von der Landwirtschaft und der Jagd abhängig.

Die derzeit zur Verfügung stehenden Geldmittel, mit denen die prognostizierten Folgen des Klimawandels aufgefangen werden sollen, sind weit von dem Volumen entfernt, das eigentlich notwendig wäre. Nach dem Jahr 2012 muss das System eine dauerhafte und ausreichende Finanzierung der Kosten für die Anpassung und die Behebung der Schäden in den anfälligsten Ländern sicherstellen und die hilfsbedürftigsten Gemeinwesen sowie diejenigen, die am wenigsten in der Lage sind, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, bevorzugen.

Zusammenfassung

Das Maßnahmenpaket zum Klimaschutz muss bis spätestens 2009 vereinbart werden.

Die CO₂-Märkte- und Transaktionen brauchen politische Sicherheit, wenn ein günstiges Investitionsklima für die Anwendung klimafreundlicher, nachhaltiger Techniken entstehen soll. Es bedarf der Kontinuität, um eine anhaltende und wachsende Verpflichtung zu Emissionssenkungen zu signalisieren, den CO₂-Markt zu stärken und den Preis für das Kohlendioxid hoch zu halten. Eine Lücke zwischen der ersten und zweiten Phase von Kyoto würde dieses Signal abschwächen und hätte katastrophale Folgen für den Preis von Emissionszertifikaten.

Die Emissionen müssen weltweit bis 2050 um mindestens 50 Prozent gesenkt werden.

Mit „angestrebten Zielen“, wie sie auf Foren wie der APEC oder dem „Major Economies Meeting“ in Washington DC formuliert werden, wird die notwendige Emissionssenkung nicht zu erreichen sein. Die Geschichte belegt dies unzweifelhaft. Als die internationale Gemeinschaft erkannte, dass die unverbindlichen Ziele in der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen nicht ausreichen, um das Klima zu schützen, einigte sie sich 1997 in Kyoto – für die Industrienationen – auf *verbindliche* Emissionssenkungen.

Das Greenpeace-Szenario zur Energierevolution² zeigt auf, dass wir die Emissionen aus dem Stromsektor bis zum Jahr 2050 um 50 Prozent senken können, wenn wir sowohl den Einsatz nachhaltiger erneuerbarer Energien fördern als auch die Energieeffizienz verdoppeln.

Jetzt liegt es an den Regierungen, die richtigen Entscheidungen zu treffen und die Welt auf einen nachhaltigen Pfad zu führen, der die Ressourcen schont und unser Klima schützt.

²<http://www.greenpeace.org/raw/content/international/press/reports/energyrevolutionreport.pdf>